

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 131. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 97. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Juni 2009, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	i. V. von Peter Sönnichsen
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Hans-Jörn Arp (CDU)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	
Hartmut Hamerich (CDU)	i. V. von Jürgen Feddersen
Karsten Jasper (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i. V. von Thomas Stritzl
Anette Langner (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Detlef Matthiessen

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Beschlussfassung zur Förderung eines Maritimen Science Centers in Kiel

hierzu: Umdrucke 16/4008, 16/4126, 16/4189, 16/4271, 16/4275, 16/4293, 16/4318

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Beschlussfassung zur Förderung eines Maritimen Science Centers in Kiel

hierzu: Umdrucke 16/4008, 16/4126, 16/4189, 16/4271, 16/4275, 16/4293,
16/4318

Die Abg. Dr. Garg und Heinold erwarten, dass der Wirtschaftsminister persönlich an der Ausschusssitzung teilnimmt, der der Landeshauptstadt Kiel am 15. April 2009 eine klare Förderzusage gemacht habe.

Abg. Heinold erklärt, es sei zwar grundsätzlich richtig, dass sich das Parlament bei großen Investitionsvorhaben die Zustimmung vorbehalte, aber es könne nicht angehen, dass die Landesregierung der Stadt Kiel über Jahre hinweg eine 75-prozentige Förderung zusage, das Wirtschaftsministerium in Finanzausschusssitzungen erklärt habe, dass die Fördervoraussetzungen erfüllt seien, sich auch der Regionalbeirat eingeschaltet und eindeutig für das Science Center entschieden habe, die Stadt 2,5 Millionen € in das Projekt investiert habe und dann der Finanzausschuss die Förderung ablehne. So könne das Land nicht mit den Kommunen umgehen. Sie möchte wissen, ob die Stadt einen Rechtsanspruch auf Förderung oder Schadenersatz habe und ob die Fördergelder in der K.E.R.N.-Region verblieben.

Auch Abg. Dr. Garg kritisiert den Umgang des Landes mit der Landeshauptstadt Kiel, die das Projekt im Vertrauen auf die Förderzusagen von drei Wirtschaftsministern vorangetrieben und 2,5 Millionen € investiert habe. Die FDP fordere den Wirtschaftsminister auf, wenn er nach wie vor der Auffassung sei, dass das Maritime Science Center insgesamt für Kiel mehr bringe, als es an Investitionskosten verursache, seine Förderzusage einzuhalten. Die Begründung der Koalitionsfraktionen mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sei nicht überzeugend, wenn sie die Fördergelder für andere Projekte ausgeben wollten. Er fragt, wann der Wirtschaftsminister seine Förderentscheidung treffen werde.

Abg. Herdejürgen legt Wert auf die Feststellung, dass die SPD-Landtagsfraktion in der Vergangenheit ihre kritische Haltung immer zum Ausdruck gebracht und Zweifel deutlich artikuliert habe, die auch in der Anhörung am 18. Mai 2009 nicht hätten ausgeräumt werden können

(Reattraktivierungskosten, Kündigungsrechte). Man empfehle dem Wirtschaftsministerium, von einer schriftlichen Förderzusage, die es gar nicht gebe, Abstand zu nehmen. Aufgrund der Tatsache, dass sich der Finanzausschuss mehrfach mit dem Thema befasst habe, habe auch die Stadt damit rechnen müssen, dass der Ausschuss die Förderung abschließend ablehne.

Abg. Sauter erklärt, in den Reihen der CDU hätten auch vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Zweifel an der Nachhaltigkeit des Projekts zugenommen, insbesondere an der Realisierung der Besucherzahlen, der regelmäßigen Reattraktivierung und der Wettbewerbssituation zu anderen Science Centern. Die CDU erwarte, dass die frei werdenden Fördermittel für andere Projekte in der Region ausgegeben würden.

Abg. Astrup hält fest, dass es keine Förderzusage für das Maritime Science Center in Kiel, sondern nur die wiederholte Inaussichtstellung einer Förderung gebe.

Abg. Harms äußert, der SSW stehe dem Projekt inhaltlich kritisch gegenüber, der Verlauf sei allerdings kein stilvoller Umgang mit den Kommunen, denn die Stadt Kiel habe sich auf die Zusage des Wirtschaftsministers verlassen müssen. Er fragt, ob die Region Kiel die Zusage vom Wirtschaftsministerium habe, die Fördergelder für andere Projekte in der Region ausgeben zu können.

Abg. Heinold macht der Landesregierung den Vorwurf, der Stadt Kiel immer wieder mündlich und schriftlich Zusagen gemacht zu haben, ohne auf die Bedenken des Parlaments hinzuweisen. Der Finanzausschuss solle das Verfahren nicht stoppen und die Landesregierung nicht im Regen stehen lassen.

Abg. Astrup nennt unter Hinweis auf ein Schreiben der Kieler Oberbürgermeisterin vom 29. Mai 2009 zur Förderung alternativer Projekte als Beispiel den Ausbau des Holteinstadions.

P Dr. Altmann äußert sich dankbar, dass das Parlament bei diesem Großprojekt von Anfang an ein Mitbestimmungsrecht für sich reklamiert habe. Die Förderung eines Science Centers wäre wirtschaftlich ein Danaergeschenk; das Land sollte die Stadt Kiel nicht mit einem Mühlstein um den Hals ins Wasser schubsen.

St de Jager führt aus, aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums sei das Projekt administrativ zuwendungsfähig. Eine so hohe Förderung des Landes könne allerdings nur bei besonderer landespolitischer Bedeutung und einer breiten politischen Unterstützung des Landtages erfolgen, die es offenbar nicht gebe. Der ehemalige Wirtschaftsminister Austermann habe 2005

Geschäfts- und Protokollführer